

## „Die Hoffnung ist, dass Deutschland die EU verlässt“

Viele Italiener sind enttäuscht von der Bundesrepublik. Ein gefundenes Fressen für populistische Parteien

Am 9. Mai, dem Europatag, erinnern sich die Mitgliedstaaten der EU traditionell an die Grundsteine, auf denen die Europäische Union entstanden ist. Doch in diesem Jahr nutzte ihn die italienische Politikerin Elisabetta Casellati, um in einem einminütigen Video scharfe Kritik an Deutschland zu üben.

VON VIRGINIA KIRST  
AUS ROM

Darin kritisierte die Präsidentin des Senats ein angebliches deutsches Zögern in den Verhandlungen über die EU-Finanzhilfen im Kampf gegen die Corona-Krise: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass Deutschland, dem mehrmals auch von Italien geholfen wurde, einen Rückzieher macht, indem es unter Vorwänden Entscheidungen hinauszögert, die lebenswichtig sind. Wie bereits Kohl sagte: ‚Ein Land, das keine Erinnerung hat, hat keine Zukunft.‘ Und ich füge hinzu: Achtung! Während Berlin streitet, brennt Europa.“

Heftige Worte von prominenter Stelle, denn Casellati bekleidet als Senatspräsidentin formell das zweithöchste Amt Italiens nach dem Staatspräsidenten. Wie die italienische Zeitung „Repubblica“ berichtete, beiläufig die Regierung von Ministerpräsident Giuseppe Conte, hinter den Kulissen in Berlin Schadensbegrenzung zu betreiben. Es gab dann noch eine Replik des deutschen Botschafters in Rom. Ansonsten schwieg man in Berlin und Rom konsequent zu Casellatis Attacke.

Der Angriff ist aber das jüngste Zeichen einer Instrumentalisierung von Anti-Deutschland-Ressentiments: Die Abneigung gegenüber dem EU-Partner ist zu einem innenpolitischen Instrument geworden, das populistische und rechte Parteien einsetzen, um in der Gunst der Wähler zu steigen.

Die Intervention von Casellati ist insofern interessant, da sie der Forza Italia (FI) angehörit, der Partei von Silvio Berlusconi. Die Partei, die das Land über zwei Jahrzehnte prägte, kommt heute nur noch auf einstellige Werte in den Umfragen. Historisch ist sie eine klassische proeuropäische Volkspartei mit populistischen Elementen. Aber

rend Frankreich und Deutschland die EU nutzen, um ihre nationalen Interessen zum Nachteil der anderen Mitgliedstaaten, insbesondere Italiens, zu verfolgen. Die Fakten dieser Tage geben uns wieder einmal Recht.“

Die Zahlen sind eindeutig. Mit Tiraden gegen die Bundesrepublik lässt sich bei den Italienern sehr gut punkten. Wie aus einer vor wenigen Tagen von „Repubblica“ veröffentlichten Umfrage hervorgeht, hat Deutschland während der Corona-Krise in Italien massiv an Ansehen verloren. So bringt demnach aktuell nur ein Viertel der Italiener Deutschland „viel“ oder „sehr viel“ Vertrauen entgegen. Als die Umfrage im Januar vergangenen Jahres durchgeführt wurde, hatten noch 42 Prozent der Befragten angegeben, Deutschland zu vertrauen.

Die repräsentative Erhebung, für die das Institut Demos im Auftrag der italienischen Zeitung im April 1006 Menschen befragt hat, lässt interessante Schlussfolgerungen zu: Sie hat die Ergebnisse auch nach der politischen Orientierung der Teilnehmer aufgeschlüsselt. Denn bei Weitem nicht alle Italiener sind auf dem Anti-Deutschland-Trip. Es sind vielmehr die Wähler rechter Parteien, die sich von Deutschland abgewandt haben und sich zu neuen Verbündeten hingezogen fühlen – zu Russland, vor allem aber auch zu China. So gibt zwar über die Hälfte der Wähler der sozialdemokratischen PD an, „viel“ oder „sehr viel“ Vertrauen in Deutschland zu haben.

Die Anhänger von Salvinis rechtsextremem Lega-Partei, die trotz Verlusten in der Corona-Krise nach wie vor stärkste Kraft in den Umfragen ist, haben nur zu 21 Prozent Vertrauen in Deutschland. 46 Prozent vertrauen den USA, 39 Prozent Russland und 32 Prozent China. Bei den Anhängern der Fratelli d'Italia, die rechts von der Lega zuletzt auf zweistellige Umfragewerte gekommen war, sagen sogar nur elf Prozent der Befragten, dass sie Deutschland trauen. Russland kommt auf 40 Prozent, die USA von Donald Trump auf 42 Prozent.

Aber nicht nur die Rechtsnationalisten haben in den vergangenen Jahren gegen Deutschland und die EU gewertet und Russland und China hofiert. Das tat auch die linkspopulistische Anti-Establishment-Bewegung Fünf Sterne, die in der Regierung sitzt. Auch hier sind die Zahlen ähnlich: 23 Prozent vertrauen Deutschland, jeweils 31 Prozent Russland und China.

Die Ablehnung ist wenig überraschend, hat Salvini Deutschland doch seit seinem Intermezzo als Innenminister gemeinsam mit der EU zum Hauptfeind auserkoren. Das wurde immer wieder deutlich, etwa in seinen Attacken gegen die deutsche Seenotrettungskapitänin Carola Racke in den vergangenen Sommer oder bei seinem Protest gegen die Reform des ESM. In all diesen Auseinandersetzungen lässt sich verfolgen, wie flexibel sich sein Schlachtruf „Prima gli italiani“ – „Italiener zuerst“ – einsetzen lässt: Er passt nicht nur zum Kampf gegen illegale Einwanderer, sondern eignet sich auch wunderbar, um sich gegen das vermeintliche deutsche Diktat in Brüssel zu wehren.

Auch dieser Aspekt taucht in der Berichterstattung der „Repubblica“ auf: In Italien wird Deutschland eine so große Vormachtstellung in der EU zugeschrieben, dass Brüssel häufig als der verlängerte Arm Berlins angesehen werde. Die Ablehnung Deutschlands ist in Italien meist auch eine Ablehnung der EU. In Italien habe man das Gefühl, dass die nordeuropäischen Länder und allen voran Deutschland das Land als „Belastung und Kostenfaktor“ ansehen, der gerade in Krisenzeiten immer schwerer zu ertragen sei.

Diese vermeintliche Wahrnehmung verletzt die Italiener schwer, vor allem, weil sie sich in der Corona-Krise, die sie unverschuldet so schwer getroffen hat, uneingeschränkte Solidarität von der EU und ihren Nachbarn im Norden erhofft hatten. Als diese nicht so schnell und eindeutig kam wie erhofft, zugleich aber Hilfsflugzeuge aus Russland und China landeten, kippte die Stimmung in einem großen Teil der Bevölkerung endgültig.



Altstadt von Zadar, Kroatien: Ohne Touristen kommt die Wirtschaft nicht in Schwung

## „Verantwortungsbewusste Gastgeber und Urlauber“

Kroatien hat entschlossen auf das Coronavirus reagiert und steht heute besser da als einige Nachbarn. Nun gilt alle Kraft der Sommersaison

Als Kroatien Anfang des Jahres die EU-Ratspräsidentschaft übernahm, hatte das Land mit seinen vier Millionen Einwohnern viele Pläne. Der Kampf gegen eine globale Seuche gehörte nicht dazu. Tatsächlich hat Kroatien das Coronavirus aber besser im Griff als viele andere. Im Videocall mit WELT sagt Premierminister Andrej Plenković, wie er das nutzen will.

VON CAROLINE TURZER

WELT: Herr Premierminister, Kroatien hat rund 2200 Corona-Infizierte und etwa 90 Todesfälle, obwohl es nur ein paar Kilometer nach Norditalien sind, wo Covid-19 Tausende Opfer forderte. Hat Italien etwas falsch gemacht oder hatten Sie Glück?  
ANDREJ PLENKOVIĆ: Wir haben die Entwicklung in China ab dem 8. Januar ganz genau verfolgt. Bereits Ende Januar beim Weltwirtschaftsforum in Davos habe ich WHO-Generalsekretär Tedros Adhanom Ghebreyesus gesprochen, und schon da war mir klar, dass das sehr gefährlich werden könnte. Nachdem wir alle Daten zusammenhatten, haben wir sofort den entsprechenden EU-Mechanismus zur Krisenreaktion aktiviert und in unserem Land strikte Maßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Wir haben alles, was wir taten, klar an die Bevölkerung kommuniziert.

Und die Bevölkerung hat sich an die Maßnahmen gehalten?

Ja. Das hat mich sehr gefreut. Ich bin beeindruckt, weil unsere Mentalität ja eigentlich mediterrän geprägt ist. In der Pandemie haben wir uns aber eher wie Nordeuropäer verhalten. Zum Erfolg beigetragen hat sicher auch, dass unser Institut für öffentliches Gesundheitswesen eine lange Tradition hat und bereits seit 71 Jahren besteht. Der Gründer dieses Instituts in Kroatien war auch einer der Begründer der WHO. Und die erste Quarantäne der Geschichte wurde bereits im 14. Jahrhundert in Dubrovnik eingeführt.

Nun befinden wir uns ja aber im 21. Jahrhundert, in einer globalisierten Welt. Wie wollen Sie eine zweite Infektionswelle verhindern?

Wir fahren derzeit eine Strategie der graduellen Rückkehr in eine neue Normalität, die in mehreren Phasen vollzogen wird. Stufenweise öffnen wir unsere Einkaufszentren, Restaurants, Cafés, Schulen und auch unsere Grenzen, zunächst für Geschäftsreisende. Unser Appell an die Bevölkerung lautet nicht

mehr „Bleibt zu Hause“, sondern „Übernimmt Verantwortung“. Derzeit testen wir zum Beispiel neue Regeln für Cafés und Restaurants. Wir beobachten, wie das in der Praxis funktioniert. Und ich bin mir sicher, dass wir noch vor Beginn der Sommersaison viele gute praktische Erfahrungen sammeln werden.

Sommersaison ist das Stichwort. Normalerweise liegen Urlauber dicht gedrängt an den Adriastränden. Wie soll das denn dieses Jahr werden?

Wir sind hoffnungsvoll. Wir erwarten natürlich nicht die gleiche Anzahl von Touristen wie in den vergangenen Jahren. Die letzten zwei Jahre waren Rekordjahre: Allein im Jahr 2019 haben 20 Millionen Touristen unser Land besucht, die meisten aus EU-Staaten. Unsere Hotels, Ferienunterkünfte und unsere Strände sind auch in diesem Jahr gut vorbereitet. Sie warten nur noch auf den Startschuss, jedoch in einem neuen epidemiologischen Kontext.

Manchem erscheinen die Corona-Zahlen in Ihrem Land fast schon verächtlich niedrig. Wie können Urlauber sicher sein, dass es keine hohe Dunkelziffer gibt?

Seit zweieinhalb Monaten leben wir jetzt mit der Epidemie. Wir haben 2200 Infizierte registriert. Wären es mehr gewesen, hätten wir das inzwischen gemerkt, nach all den Maßnahmen, die wir ergriffen haben. Unsere Testlabore, unsere Krankenhäuser hätten es gemerkt, weil unser gesamtes Gesundheitssystem in höchster Alarmbereitschaft war. Ich denke, dass unsere stabilen Ergebnisse zeigen, dass wir die Epidemie auf das kleinstmögliche Risiko reduziert haben.

Aber nun gehen Sie doch das Risiko ein, das Virus zu reimportieren.

Genau deshalb war mein wichtigstes Anliegen und auch das der EU-Kommission, dass wir zu einer Annäherung der epi-

miologischen Situation kommen. Das Virus hat bewiesen, dass es ein sehr gefährlicher Gegner ist. Deshalb müssen wir uns auf die Glaubwürdigkeit der Daten und das verantwortliche Verhalten derjenigen verlassen, die über die Grenze in ein anderes Land einreisen. Wir brauchen nicht nur verantwortungsbewusste Gastgeber, sondern auch verantwortungsbewusste Touristen. Ich glaube, wenn die Menschen sich weise verhalten, können sie das Risiko begrenzen. Wir müssen alle nur etwas vorsichtiger sein.

Werden Sie ein Testregime einführen, um sicherzugehen? Oder hoffen Sie einfach, dass sich die Besucher vernünftig verhalten?

Wir haben vorgesehen, Personen mit Atemwegssymptomen zu testen und Kontakte nachzuverfolgen. Darüber hinaus werden wir die Entwicklung der epidemiologischen Lage weiterhin genau verfolgen und Risikogruppen testen, sollten neue Infektionen eintreten.

Von der Krise besonders hart getroffene Länder wie Italien oder Spanien zählen auf die EU. Kroatien nicht?

Wir teilen auf europäischer Ebene alle die gleiche Ansicht. Nun müssen wir uns den mehrjährigen europäischen Finanzrahmen und den umfassenden europäischen Erholungsplan vornehmen. Unser gemeinsames Ziel ist es, dass diese Dokumente an die neue Situation angepasst werden. Ein paar Monate zuvor dachten wir noch, dass das Leitmotiv, die Topriorität der Kommission von Ursula von der Leyen der „Green Deal“ sein würde. Nun werden wir das fünfjährige Mandat der neuen Kommission für den wirtschaftlichen Aufschwung Europas nutzen müssen. Die kroatische Regierung hat als Reaktion auf die Krise prompt ausgiebige Maßnahmen beschlossen, um die Wirtschaft zu unterstützen und Arbeitsplätze zu retten. Ich erinnere mich noch daran, wie wir im Oktober, als wir uns für das Motto der kroatischen Ratspräsidentschaft entschieden, überlegt haben: „Ein starkes Europa in einer Welt voller Herausforderungen“ – was heißt das? Wir dachten an den externen Druck auf Europa oder interne Herausforderungen wie den Populismus und antieuropäische Stimmungen. Aber niemand hatte an eine Pandemie solcher Ausmaße gedacht. Ich selbst hätte es nie für möglich gehalten, dass unsere Ratspräsidentschaft die ungewöhnlichste überhaupt werden würde.

Haben Sie denn überhaupt etwas von dem umgesetzt, was sie sich zu Be-

ginn Ihrer Präsidentschaft vorgenommen haben?

Natürlich. Wir wollten einen geordneten Brexit, das haben wir erreicht. Und im März haben wir etwas durchgesetzt, was vor einem halben Jahr noch unmöglich erschien: Die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien. Mit politischem und diplomatischem Einsatz haben wir da die Einstellung einiger ziemlich einflussreicher Mitgliedstaaten verändert. Das wird ein historischer Verdienst der Kroaten für ihre Nachbarn sein. Im April gab es natürlich kaum ein anderes Thema als Covid-19. Aber im Mai haben wir es trotzdem geschafft, dass der sogenannte Zagreb-Gipfel als Videokonferenz stattfinden konnte, das Treffen der Westbalkan-Staaten mit der EU.

Mit wenig konkreten Ergebnissen.

Ich will ehrlich mit Ihnen sein. Wir hatten zwei große Entscheidungen zu treffen: die Aufnahme der Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien und Albanien. Und ein großes Corona-Hilfspaket der EU-Kommission. Ansonsten bin ich zufrieden, dass der Gipfel stattgefunden hat, die Erklärung steht und dass die Tür der EU für alle Staaten des Westbalkans weiter grundsätzlich offensteht. Ob man jetzt von „Erweiterung“ oder „europäischer Perspektive“ spricht, das ist Wortklauberei.

Sie sagen es. Endlich gibt es ein Milliarden-Paket der EU für den Balkan. Zu Beginn der Corona-Krise hatte Serbiens Präsident noch die chinesische Flagge hissen lassen, als Hilfslieferungen von dort kamen.

Zu Beginn der Pandemie befanden wir uns alle in der gleichen Situation: Wir benötigten medizinische Ausrüstung in unvorstellbarem Ausmaß, und es gab einfach nichts. Weder zu Hause noch in Europa. Also mussten wir uns alle mehr oder weniger China zuwenden, weil hier ein großer Teil der Produktion stattfindet. Da war China natürlich sehr nützlich und sichtbar. Zugleich hat die EU aber auch ein großes Maß an Unterstützung bereitgestellt. Es hat etwas gedauert, bis die Hilfe geflossen ist, aber niemand kann sagen, dass Europa nicht geholfen hat. Hinzu kommt: Der einzige Weg, um der Pandemie entgegenzuwirken und unsere Bürger zu schützen, war, die Bewegungsfreiheit einzuschränken. Damit haben wir uns alle unwohl gefühlt, weil eine der vier Grundfreiheiten der Europäischen Union betroffen war. Es war dennoch eine vernünftige Reaktion, die alle gleichermaßen getroffen haben. Die kroatische Ratspräsidentschaft hat die EU-weiten Maßnahmen durch zahlreiche Videokonferenzen der zuständigen EU-Minister koordiniert. Zudem hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen letzte Woche eine erfolgreiche internationale Geberkonferenz für Arzneimittel und Impfstoffe einberufen. Daher akzeptiere ich keine Aussagen, die behaupten, dass Europa nicht gut reagiert hat. Europa hat getan, was es tun konnte, um seine Bürger zu schützen.

Ist der Vormarsch von China und Russland auf dem Balkan überhaupt noch aufzuhalten?

Meine Position ist hier ganz klar: Je langsamer, zögerlicher, reservierter die EU ist, desto mehr politischer, ökonomischer, diplomatischer, kultureller Einfluss wird anderen großen Mächten überlassen. Und sie werden nicht zögern, das zu nutzen. Schauen Sie auf die Karte. Die sechs Länder des Westbalkans sind umgeben von Kroatien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Griechenland. Diesen Staaten müssen sie sich annähern und am Ende der EU beitreten. Hier muss ich Bundeskanzlerin Merkel meine höchste Anerkennung aussprechen. Sie hat 2014 persönlich den sogenannten Berlin-Prozess initiiert und darauf bestanden, einen Dialog auf höchster Ebene mit den Ländern des Westbalkans zu führen. Damit hat sie eine große Leere überbrückt. Kroatien pflegt ausgesprochen gute Beziehungen mit Deutschland.

Was meinen Sie mit Leere?

Wir Kroaten erinnern uns noch an den letzten Balkan-Gipfel in Zagreb im Jahr 2000, danach gab es den Gipfel in Thessaloniki 2003 – und dann lange nichts bis zum Gipfel von Sofia 2018. In dieser Zeit ist nur Kroatien auf die andere Seite des Tisches gewechselt und hat nun die Ratspräsidentschaft inne. Deshalb war der Gipfel in diesem Jahr für uns so wichtig: politisch und als Symbol. Um den anderen Ländern der Region zu sagen: Wir haben euch nicht vergessen, wir sind an eurer Seite, wir helfen euch – gegen die Pandemie, bei der wirtschaftlichen Entwicklung und mit einer europäischen Perspektive. Wir haben aber auch nicht vergessen, ihnen klar zu signalisieren, dass sie als Bedingung dafür die europäischen Standards erfüllen müssen.



Ein Arbeiter desinfiziert eine Kirche in Rom: Italien wurde von der Corona-Krise schwer getroffen

wenn sie heute an die Macht kommen will, muss sie mit rechtsnationalistischen Parteien koalieren, die dezidiert antieuropäisch, antideutsch und prorrussisch auftreten: mit der Lega von Matteo Salvini und den Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni.

Zusammen mit den beiden Parteien hätte Berlusconi Partei die Chance, mit einer Mitte-rechts-Koalition bei den Neuwahlen an die Macht zu kommen. Die aktuellen Regierungsparteien waren auch in Italien wie überall in Europa durch ihr Management der Corona-Krise erstarkt. Die Anti-Deutschland-Rhetorik ist ideal für die rechtsnationalen Parteien, um wieder Boden zuzumachen.

So kommentierte Salvini etwa Ende März einen Verweis Berlins, der europäische Rettungsschirm ESM solle zur Krisenbewältigung eingesetzt werden, mit den Worten, er hoffe, Italien stelle ein für alle Mal klar, dass es den ESM niemals einsetzen werde, weil er italienische Jobs und Ersparnisse bedrohe. „Die Hoffnung ist jetzt, dass Deutschland die Europäische Union verlässt, da es selbst auf dem Höhepunkt der Krise niemandem helfen will.“

Auch Giorgia Meloni versorgt ihre Anhänger mit anti-deutscher Rhetorik. Zuletzt etwa auf Facebook anlässlich der Entscheidung des deutschen Verfassungsgerichts gegen die EZB-Anleihekäufe Anfang Mai: „Wir weisen seit jeher auf das Problem einer verzerrten europäischen Architektur hin, in der Italien seine gesamte nationale Souveränität an die EU abgetreten hat, wäh-



Zur Person

Andrej Plenković ist seit 2016 Premierminister Kroatiens. Seit Beginn des Jahres hat sein Land die Ratspräsidentschaft der EU inne und übergibt Ende Juni an Deutschland.